

Rede von Prof. Dr. Andreas Pinkwart aus Anlass der Verleihung der ‚Heißen Kartoffel‘ 2014 an Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière MdB.

Als Pfarrer Treutmann von der Dresdner Frauenkirche im Rahmen der jüngsten Verleihung des Sächsischen Bürgerpreises von sich als einem Bürger mit zweifachem Migrationshintergrund sprach, weil seine Eltern aus Niederschlesien in die Oberlausitz und dann später in den fünfziger Jahren in den Westen geflohen waren, wo er aufwuchs, um dann später als Erwachsener in Sachsen seine berufliche Heimat zu finden, sah ich mich darin auch mit meiner Familiengeschichte wieder. Und ich denke, es geht unserem heutigen Preisträger sowie manch anderen hier im Saal bei allen zeitlichen und geographischen Besonderheiten ähnlich.

Auch wenn wir lange in unserem Land und unseren Familien mit dieser Teilung leben mussten, hat die Geschichte es doch noch gut mit uns gemeint. Wir haben in den letzten Wochen wiederholt Gelegenheit gehabt, der Menschen zu erinnern und zu danken, die durch ihren Einsatz für und ihren Glauben an die Freiheit und die Menschenwürde im entscheidenden Moment mutig gehandelt und einen kühlen Kopf bewahrt und dadurch möglich gemacht haben, was Geschichtsbücher bis dahin nicht kannten: Eine Revolution ohne Blutvergießen!

Und sie haben bei Lichte betrachtet noch viel mehr erreicht und darum beneide ich sie als seinerzeitiger Zaungast durchaus: Sie stimmten im Herbst 1989 und dann bei der ersten Volkskammerwahl auch sehr bewusst über die politische und rechtliche Verfasstheit ihres Gemeinwesens ab. Sie entschieden sich aktiv für die freiheitlich-demokratische Grundordnung und das System der sozialen Marktwirtschaft. Wir sind das Volk – alle Macht geht vom Volke aus und von ihm eben auch das Verständnis über Form und Regeln des gemeinsamen Zusammenlebens, die staatlichen Gewalten und deren Kontrolle sowie die Verfasstheit des Wirtschaftssystems.

Sie hatten in dieser Phase die Chance über all dies selbst zu entscheiden – über den von manchen propagierten sog. Dritten Weg oder über die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten auf der Grundlage des Grundgesetzes und der sozialen Marktwirtschaft.

Es gibt daher in den neuen Ländern nicht nur einen breiten Konsens über die demokratischen und ökonomischen Spielregeln und die Arbeit der Justiz, die über deren Einhaltung durch die Bürger und Institutionen wacht, indem sie als unabhängige Gewalt die einzelnen Spielzüge bewertet und im Bedarfsfall sanktioniert.

Darüber hinaus gibt es auch ein gemeinsames Spielverständnis: Das gemeinsame Verständnis darüber, dass die friedlich errungene Freiheit des Einzelnen nur in einem freiheitlichen Rechtsstaat und einer freiheitlich verfassten und sozial flankierten Marktwirtschaft bewahrt werden kann.

Dies macht die neuen Länder und die Menschen in Mitteldeutschland so stark und hat wesentlich dazu beigetragen, dass der Wiederaufbau des Landes und der grundlegende Transformationsprozess trotz der damit verbundenen erheblichen Veränderungsnotwendigkeiten und auch vieler persönlicher Enttäuschungen für Millionen Menschen so erfolgreich gelungen ist und auch künftig weiter gelingen wird.

Ich gebe unumwunden zu, dass ich mir sehr gewünscht hätte, wenn alle Bundesbürger die Chance erhalten hätten, nach der Wiedervereinigung unseres Landes über unsere gemeinsame Verfassung abzustimmen. Gleiches wäre bei Einführung des Euros als europäische Gemeinschaftswährung hilfreich und ich meine auch dringend notwendig gewesen, weil wir damit in Wahrheit auch über die sich daraus zwangsläufig ergebende fiskalische und soziale Integration einen breiten Konsens hätten herstellen können und sollen. Wir hätten bei dieser Gelegenheit über den richtigen Weg unseres Landes streiten und Einigung darüber erzielen können, dass die Europäische Einheit nicht alternativlos ist, sondern im Interesse von Frieden und Freiheit sowie nachhaltigem Wohlstand in einer globalisierten Welt mit heute mehr als 7 und in wenigen Jahrzehnten mehr als 9 Milliarden Menschen die beste aller nur denkbaren Möglichkeiten darstellt.

Wer im Allgemeinen die niedrige Wahlbeteiligung laut beklagt, wie dies auch bei den Feierlichkeiten der letzten Wochen in kaum einem Redetext fehlte, darf dies nicht den Wählern anlasten, schon gar nicht jenen, die vorher in einem politischen Zwangssystem wählen mussten obwohl es nichts zu wählen gab. Wir sind ja heute Abend hier zusammenkommen und können, wie mir die Veranstalter sehr glaubhaft versichert haben, auf das Schwenken des politischen Weihrauchfasses verzichten.

Wähler, die in einem freiheitlichen Rechtsstaat mit konkurrierenden Parteien von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen, möchten von den politischen Wettbewerbern ernst genommen werden. Wenn die Parteien glauben, sie könnten den vielen Politikberatern und Spin-Doktoren folgend durch die Entpolitisierung der Politik ihre Wiederwahlchancen maximieren, dürfen sie sich nachher nicht wundern, wenn immer weniger zur Wahl gehen und neue Wettbewerber hinzutreten, die mit äußerst fragwürdigen, aber dennoch wahrnehmbaren Forderungen auf sich aufmerksam machen und damit zum Teil beachtliche Zustimmung erzielen.

Wer möchte sich schon ein Fußballspiel anschauen, bei dem die überlegene Mannschaft nach einem frühen 1:0 nur noch mauert und auf Zeit spielt.

Bürger wollen zu Recht ernst genommen werden und wissen sehr wohl, worüber sie abstimmen können. Und sie erwarten, dass Alternativen aufgezeigt werden, dass über die Alternativen sachlich gestritten wird und dass nach Abwägung der Vor- und Nachteile eine für sie und ihre Familien sowie das Gemeinwesen insgesamt verantwortliche Entscheidung getroffen wird. Wie klug solche Entscheidungen ausfallen können, war unlängst in Schottland zu besichtigen: Zwischen glühendem Herzen für eine stärkere nationale Eigenständigkeit und kühlem Verstand für die Folgen ihrer Entscheidung, haben sich die Menschen für den Weg der Vernunft entschieden und auf diesem Wege auch noch eine Menge zur Verbesserung ihrer individuellen Lebensbedingungen gegenüber der Zentralregierung bewirkt.

Natürlich kann nicht bei jeder Wahl über Grundsätzliches abgestimmt werden, aber es gibt genügend Themen, über die es lohnt mit konkurrierenden Konzepten zu streiten. Eines ist jedenfalls klar: Wenn die Parteien die notwendigen Debatten über die Gestaltung der Zukunft unseres Landes nicht führen, nehmen die Bürger sich das Recht, über die ihnen wichtig erscheinenden Sachfragen selbst zu verhandeln, wie wir dies am Beispiel des Stuttgarter Bahnhofs erlebt haben. Auch hier strafte das Ergebnis der Abstimmung wie die dann einsetzende Versachlichung der Debatte im Nachlauf die Kritiker direkter Demokratie Lügen.

Zweifelsohne eignen sich nicht alle Themen in gleicher Weise zum öffentlichen Disput, wovon unser heutiger Preisträger sicherlich ein Lied singen kann, da er es in seinen bisherigen wichtigen Staatsämtern in vielfältiger Weise mit genau diesen sensiblen Themen zutun hatte und hat. Aber auch hier kann die Zivilgesellschaft und können auch die Parteien mehr tun, um frühzeitig auf neue Herausforderungen aufmerksam zu machen und nach möglichst guten Lösungen zu suchen.

Nehmen wir etwa das sicherlich sehr sensible Thema Asyl. Angesichts der vielen politischen Konfliktherde in unserer unmittelbaren geographischen Nachbarschaft musste uns allen bewusst sein, dass wir hier mehr Verantwortung würden übernehmen müssen. Was aber haben wir aus den Jahren hoher Flüchtlingszunahme Anfang der 90er Jahre gelernt? Wie können wir es schaffen, dass die Bedingungen für die Flüchtlinge und Asylsuchenden sich ebenso verbessern wie die Akzeptanz durch die einheimische Bevölkerung? Wie etwa erreichen wir es, dass Hilfesuchende mit vorhandenen guten Qualifikationen bessere Chancen für einen unbürokratischen Einstieg in das Berufsleben in Deutschland vorfinden?

Unser früherer Bundespräsident Walter Scheel hat einmal formuliert, dass es Aufgabe guter Politik sei, nicht zu fordern was populär ist, sondern dasjenige, was für das Land notwendig und richtig ist, und dies so zu tun, dass es bei den Menschen populär wird.

Die bereits kräftig erblühten Landschaften in Sachsen gäbe es nicht, wenn es nicht mutige Politiker wie Kurt Biedenkopf und Georg Milbradt gegeben hätte, die den aus ihrem jeweiligen persönlichen Schicksal heraus erwachsenen Forderungen hunderttausender Menschen nach Erhalt ihrer nicht mehr wettbewerbsfähigen Arbeitsplätze nicht entsprachen. Sie konnten dies auch deshalb glaubwürdig tun, weil sie ihnen vor den Wahlen nichts dergleichen versprochen hatten.

Anknüpfend an die große Tradition Sachsens als Wissenschafts-, Industrie- und Dienstleistungszentrum im Herzen Europas hatten sie vielmehr von Anbeginn an auf den konsequenten Umbau des Landes hin zu bester Bildung, zu Spitzenforschung und einer im globalen Maßstab wettbewerbsfähigen (Re-) Industrialisierung gesetzt. Bereits heute wissen wir, dass dieser mutige Kurs aufgegangen ist, indem Sachsen in wesentlichen Kennzahlen nicht nur an allen anderen ostdeutschen sondern in mehreren Kategorien auch bereits an vielen westdeutschen Bundesländern vorbeigezogen ist. Und Kurt Biedenkopf war damals so klug, den Wählern gleich drei Jahrzehnte für den notwendigen Aufholprozess vorher zu sagen. Es gibt also noch genug zu tun, wie sich an dem nach wie vor bestehenden Mangel an großen Konzernzentralen und Hidden Champions sowie dem unterdurchschnittlichen BIP pro Kopf der Bevölkerung ablesen lässt.

Aber nicht nur hier in Sachsen war und bleibt mutige Politik für den Erfolg der Einheit notwendig: Ohne die über 1000 Milliarden Euro, die Deutschland insgesamt nach der Wiedervereinigung in den Wiederaufbau der neuen Länder investiert hat, wäre diese Aufholjagd nicht möglich gewesen. Und dass unser Land dies ohne Abstufungen seiner Bonität auf den internationalen Kapitalmärkten aus eigener Kraft finanzieren konnte, ist auch nicht vom Himmel gefallen. Viel ist in den letzten Jahren über die Agenda 2010 und das ihr zugrunde liegende Schröder-Blair-Papier geschrieben worden.

Ihren entscheidenden Vorläufer hatten diese Reformen in dem von Otto Graf Lambsdorff Anfang der 80er Jahre vorgelegten Papier zur Wiederbelebung der sozialen Marktwirtschaft und der in der Folge in den ersten Regierungsjahren von Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher erreichten systematischen steuerlichen Entlastung des Mittelstandes, einem umfassenden Bürokratieabbau sowie einer Öffnung des Welthandels.

Die Initiativen von Lambsdorff wie jene Schröders haben ein Jahrzehnt vor der Wiedervereinigung bzw. ein Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung enorme Impulse für die Anpassung der deutschen Volkswirtschaft an die dramatischen technologischen und globalen Veränderungen des Wirtschaftens im Zeitalter der neuen industriellen Revolution gegeben. Beide Initiativen haben aufgrund erheblicher Schwächen in der Kommunikation und unzureichender Einbeziehung der Bürger keine große Popularität bei den Menschen erzielt, wohl aber messbare gesamtwirtschaftliche Vorteile und viel Anerkennung bei Experten im In- und Ausland.

So ist es der alten Bundesrepublik nach dem zweiten Ölpreisschock und der zum Teil massiven Aufwertung der D-Mark in den 80er gelungen, die Wirtschaft zu modernisieren und die mit dem massiven Strukturwandel in der Industrie einhergehende hohe Arbeitslosigkeit abzubauen und damit auch die sozialen Sicherungssysteme zu stabilisieren. Ohne diese Erfolge wäre die deutsche Einheit ökonomisch gar nicht zu stemmen gewesen. Eine vergleichbare positive Entwicklung vollzog sich im vergangenen Jahrzehnt im Rahmen der sogenannten Agenda 2010-Reformen.

Während Deutschland nicht zuletzt auch dank der äußerst klugen Politik der Gewerkschaften und ihrer Bereitschaft zur Innovation wie auch zur Lohnzurückhaltung im vergangenen Jahrzehnt seine Wettbewerbsfähigkeit deutlich steigern konnte, haben andere europäische Länder die Vorteile der Gemeinschaftswährung in Form niedriger Zinsen für überhöhte Lohnforderungen und Transferleistungen genutzt und notwendige Strukturreformen im öffentlichen Sektor wie auf dem Arbeitsmarkt hinausgezögert. Die negativen Folgen sind unübersehbar und treffen vor allem die junge Generation in diesen Ländern in fataler Weise – hohe Jugendarbeitslosigkeit und hohe Staatsverschuldung lasten auf ihren schmalen Schultern. Dies stellt die Demokratien in diesen Ländern vor eine besondere Bewährungsprobe.

Um Politikern, die uns glauben machen wollen, dass wir uns den Herausforderungen der Globalisierung und des technologischen Wandels nicht immer wieder neu zu stellen hätten, den Spiegel vorzuhalten, hat Hans-Dietrich Genscher einmal folgendes schöne Bild gewählt. Diese Leute, so Genscher, erinnerten ihn an ältere Herren, die an einem schönen Spätsommerabend auf der Sonnenterasse einer Weinwirtschaft zusammensaßen und bei einem Schoppen Wein für sich beschlössen, am nächsten Winter nicht teilzunehmen.

Die jüngsten Gutachten der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute machen deutlich, dass unser Land weiter in Bewegung bleiben muss, wenn es seine Spitzenposition nicht verlieren will.

Hierfür sind Kreativität, Forschergeist und unternehmerischer Mut ebenso unverzichtbar wie die simple Lebensweisheit, dass nur das verteilt werden kann, was vorher auch erwirtschaftet wurde.

Sachsen hat mit dieser klaren Sicht auf die Dinge in den vergangenen zwei Jahrzehnten viel erreicht. Diesen Erfolg gilt es nicht nur hier, sondern in ganz Deutschland wie auch in Europa fortzuschreiben. Dabei wird die Politik nicht umhinkommen, die eine oder andere heiße Kartoffel in die Hand zu nehmen. So wie es unser heutiger Preisträger etwa beim Umbau unserer Streitkräfte von einer ausschließlich auf die Landesverteidigung ausgerichteten Wehrpflichtarmee hin zu einer auf die wachsenden internationalen Risiken ausgerichteten, flexibler einsetzbaren Berufsarmee getan hat.

Es ist dem Bundespräsidenten zu danken, dass er immer wieder auf die Notwendigkeit aufmerksam macht, dass die Verteidigung unserer Freiheit im Außenverhältnis künftig nicht mehr nur von den USA geleistet werden kann, sondern dass wir in einer immer komplexer werdenden globalen Sicherheitsarchitektur um einen eigenen Beitrag nicht herumkommen, worauf wir, wie die jüngsten Einsatzerfahrungen gezeigt haben, offensichtlich weder technisch noch mental hinreichend vorbereitet sind.

Die Verantwortung für diese Misere kann die heutige Amtsinhaberin schon deshalb nicht an ihren Vorgängern abladen, weil ihr die veränderte Aufgabenstellung der Streitkräfte und die seit mehr als zwanzig Jahren für andere Politikfelder in Anspruch genommene Friedensdividende aus ihrer langjährigen Mitgliedschaft in der Bundesregierung durchaus bekannt war. Dies sagte ich bewusst auch mit Blick auf unseren heutigen Preisträger, der während seiner Amtszeit viele wichtige Schritte zur Modernisierung der Bundeswehr stets offen kommuniziert, angestoßen und ebenso unaufgeregt wie gewissenhaft umgesetzt hat.

Dies sagte ich bewusst auch zur Ehrenrettung unseres heutigen Preisträgers, der während seiner Amtszeit viele wichtige Schritte zur Modernisierung der Bundeswehr offen kommuniziert, angestoßen und ebenso unaufgeregt wie gewissenhaft umgesetzt hat.

So wichtig wie die Sicherung des staatlichen Gewaltmonopols im Innern ist die Einhaltung des Völkerrechts bei der Bewältigung internationaler Konflikte. Der Einsatz der Streitkräfte wie die Lieferung von Waffen dürfen für uns auch künftig nur als Ultima Ratio und auf der Grundlage eines klaren Mandats infrage kommen. Neben proaktiver Konfliktvermeidung muss alles getan werden, um Krisen ohne den Einsatz militärischer Mittel zu lösen.

Deutschland steht hier mit seiner Geschichte in besonderer Verantwortung und kann zugleich mit Erfolgen wie dem KSZE-Prozess, dem Nato-Doppelbeschluss und der friedlichen Revolution auch Beispiel für friedliche Konfliktlösung geben. Hier bedarf es gerade auch im Verhältnis zu Russland weiterhin einer ebenso umsichtigen wie entschlossenen Politik, wie sie von der Bundeskanzlerin und dem Bundesaußenminister vorbildlich auch im Zusammenwirken der EU- und der Nato-Staaten geleistet wird.

Lassen Sie mich zum Abschluss meiner Betrachtungen noch einmal auf unser grundlegendes Verständnis des Zusammenlebens im freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaat und der sozial und ökologisch verpflichteten, freien Marktwirtschaft, mithin also auf unser Spielverständnis, zurückkommen.

In einem vor wenigen Tagen ausgestrahlten Dokumentarfilm über die beachtliche Sportkarriere von Katarina Witt, der Laudatorin unseres heutigen Abends, nimmt die begeisterte Eiskunstläuferin in einem Gespräch mit einem Journalisten auch zur Rolle des Sports in der DDR Stellung. Mit Bezug auf das allgemeine Verständnis vom Spitzensport in der DDR gab Frau Witt zu bedenken, dass es eigentlich gegen die sonstigen Vorstellungen des auf Ergebnisgleichheit ausgerichteten sozialistischen Staates gewesen sei, dass Spitzenleistung im Sport in der damaligen DDR höchste Anerkennung fand und den Leistungsstärksten beste Förder- und Lebensbedingungen eröffnete.

Vielleicht lag es auch daran, dass man zumindest in einem eng umrissenen Bereich des gesellschaftlichen Lebens dem uns Menschen innewohnenden Drang nach Selbstentfaltung, Differenzierung und Bereitschaft zur Spitzenleistung zu entsprechen und diese enorme Energie zu kanalisieren hoffte, die sich in einer offenen Gesellschaft in viel breiterer und vielfältigerer Form und Ausprägung entfalten kann.

Wenn Fairness, Chancengerechtigkeit und soziale Verantwortung dabei hinzukommen, wird dieser Wettbewerb erträglich und eröffnet allen Menschen immer wieder neue Chancen, um ihre individuellen Fähigkeiten und Talente zu entdecken und zu entfalten.

Es fügt sich insoweit auch ins Bild, dass die HHL Leipzig Graduate School of Management als älteste und international erfolgreiche deutsche Business School, ihren Campus seit ihrer Wiedergründung Anfang der 90er Jahre gemeinsam mit den Sportwissenschaften der Universität Leipzig auf dem früheren Gelände der Sporthochschule in Leipzig unterhält und sich einer Eliteförderung verschrieben hat, die nicht vom Einkommen und der Herkunft der Eltern, sondern von der Leistung der Studierenden und ihrer Bereitschaft zu verantwortlichem, unternehmerischem Handeln bestimmt wird.

Freiheit des einzelnen setzt die Begrenzung von Macht des Staates wie jener privater Institutionen durch klare Spielregeln voraus. Das Glück für die möglichst große Zahl entwickelt sich nur in einem dynamischen Spannungsfeld von Eigeninitiative und Gewaltenteilung, von Freiheit und Verantwortung, von dem Recht auf Chancenwahrnehmung und der Verpflichtung zur Haftung für selbst veranlasste Risiken. Hierfür braucht es eines verlässlichen Ordnungsrahmens, wie er von der von Ludwig Erhard und anderen bereits während des zweiten Weltkriegs mitbegründeten, ordoliberalen Schule gefordert wird und bis heute die Grundlage für unsere soziale Marktwirtschaft bildet. Ihre faktische Missachtung durch Politik und Interessensgruppen war Auslöser der Finanzkrise. Sie war nicht die Folge liberaler Ordnungspolitik, sondern Ergebnis weltweiter Unordnungspolitik. Deshalb ist es so wichtig, dass die Maßnahmen zur Überwindung der Krise immer wieder kritisch hinterfragt werden und endlich eine funktionsfähige Wettbewerbsordnung an die Stelle kurzfristiger Interventionen rückt. Auch hierfür braucht es weiterer mutiger politischer Entscheidungen.

Im Zeitalter der informationellen Revolution stehen sämtliche Volkswirtschaften auf der Welt unter einem permanenten Innovations- und Wandlungsdruck. Der große Vordenker der Innovationsforschung, Joseph Schumpeter, prägte vor hundert Jahren vor dem Hintergrund der Erfahrungen der ersten und zweiten industriellen Revolution die Begriffe des „innovativen Unternehmertums“ und der von ihm ausgehenden „kreativen Zerstörung“ von Marktgleichgewichten. Was Schumpeter erklärte, trifft uns heute aktueller denn je und fordert Wirtschaft und Gesellschaft in vergleichbar dramatischer Weise heraus wie seinerzeit. Besitzstände werden infrage gestellt und neue Chancen für gesellschaftlichen Aufstieg und Wohlstand möglich. Gewinnen werden die Regionen und Gesellschaften, die nicht nur die Risiken sehen, sondern die Chancen möglichst früh erkennen und beherzt nutzen. Längst haben Berlin, Leipzig und Dresden vielen anderen westdeutschen Städten den Rang als dynamische Gründerzentren abgelaufen. Die HHL ist im vergangenen Jahr vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft als eine der drei besten Gründerhochschulen Deutschlands ausgezeichnet worden. Es fehlt nach wie vor an Konzernzentralen heutiger DAX-Unternehmen, nicht aber an Chancen die Konzernzentralen künftiger DAX-Unternehmen zu beherbergen.

Wenn wir in Leipzig im kommenden Jahr auf eine dann 1000-jährige Ersterwähnungsgeschichte mit Freude und Dankbarkeit zurückblicken, werden wir feststellen, dass diese einzigartige Bürgerstadt in dieser Zeit viele tatsächliche wie selbsternannte Weltmächte hat kommen und gehen sehen.

Und weil wir wissen, dass die jeweils sechs oder sieben Prozent der talentiertesten Chinesen und Inder rein zahlenmäßig der Gesamtbevölkerung Deutschlands entsprechen, ist uns bewusst, dass es auch künftig nicht anders sein wird. Über all die Zeit haben wir aber die geschichtliche Erfahrung gewonnen, dass die Kraft der Freiheit, die Begeisterung für Kultur und Wissenschaft, der Fleiß und das bürgerschaftliche und soziale Engagement der Menschen und ihre Weltoffenheit und Toleranz Quellen des Fortschritts und Wohlstands waren und sind. Diese Quellen wurden in Zeiten der Diktatur auf eine harte Probe gestellt, versiegt sind sie nie. Lassen Sie uns alle gemeinsam daran arbeiten, dass sie künftig kraftvoll sprudeln.